

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit dem 1. Oktober gilt der neue Mindestlohn von 12 Euro - ein echter Erfolg für die SPD. Ausruhen kann sich die Politik darauf aber nicht, unser Bundestagsabgeordneter berichtet über die Arbeit an dem neuen Abwehrschirm.

Entlastung könnten auch die Eltern gebrauchen, wenn es um Kita-Beiträge und das Finden einer Hebamme geht - ob die schwarz-grüne Landesregierung hier auf dem richtigen Weg ist, erklärt unsere Landtagsabgeordnete.

Die Lübecker Bürgerschaft hat einen neuen Haushalt beschlossen - historisch sogar mit einem Haushaltsüberschuss trotz starker Investitionen.

Heute sind die Themen:

Update aus dem Bundestag: Abwehrschirm .....	2
Aus dem Landtag: Kita & Kliniken.....	4
SPD: Masterplan Klimaschutz schneller umsetzen – 2035 mögliches Ziel.....	6
Sauberes Lübeck, steigende Kosten – SPD-Fraktion fordert Aktualisierung der vorhandenen Konzepte .....	7
12 Euro Mindestlohn: Gehaltserhöhung für 20 000 Lübeckerinnen und Lübecker.....	8
Termine .....	9



### Update aus dem Bundestag: Abwehrschirm

*Tim Klüssendorf, Bundestagsabgeordneter*

Hinter uns liegen enorm intensive Wochen, die auf eine kurze Parlamentarische Sommerpause folgten. Gleich drei Sitzungswochen standen im September auf der Tagesordnung, entsprechend hoch war die Dichte an Themen, über die wir in Berlin beraten haben. Für den Monatsbrief möchte ich den Fokus auf den von der Regierung ausgearbeiteten Abwehrschirm legen, welcher auch als viertes Entlastungspaket zu sehen ist. Im parlamentarischen Verfahren durfte ich Teile der Maßnahmen federführend mitverhandeln, dazu später mehr.

Die SPD-geführte Bundesregierung stellt mit einem bis zu 200 Milliarden Euro um-

fassenden Abwehrschirm die Mittel bereit, um die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucher:innen sowie Betriebe und Unternehmen abzufedern. Neben der Anfang September bereits vereinbarten Strompreisbremse wird die Bundesregierung eine Gaspreisbremse einführen. Damit werden die Preise wieder auf ein Niveau gebracht, welches für private Haushalte und Unternehmen zu stemmen ist. Die genauen Modalitäten werden in den kommenden Tagen von der bereits eingesetzten Kommission im Detail erarbeitet und schnellstmöglich finalisiert.

Für die Einführung einer Gaspreisdecke-



lung haben wir als SPD-Fraktion lange gekämpft. Wir stehen in dieser Krise einig und solidarisch zusammen und werden die wirtschaftliche Substanz unseres Wohlstandes erhalten. Mit dem Abweherschirm und der damit verbundenen Gaspreisbremse zeigen wir, dass niemand in Deutschland mit den Folgen des Krieges sowie den steigenden Preisen alleingelassen wird. Es ist gut, dass in dieser Frage endlich ein Durchbruch erzielt wurde und gleichzeitig die Gasumlage zurückgezogen wird.

Als zusätzliche Entlastung im Rahmen des Abweherschirms bleibt die in der letzten Sitzungswoche beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf 7% bei Gas- und Wärmelieferungen bestehen. Diese durfte ich in den letzten Wochen federführend im Finanzausschuss für die Koalition verhandeln. Ich bin froh, dass meine Arbeit als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion hier Früchte getragen hat und die Senkung der Mehrwertsteuer elementarer Teil des Abweherschirms ist. Die Senkung gilt bereits seit dem 1. Oktober und somit schon bevor Gas- und Strompreisdeckel greifen. Ein enorm wichtiger erster Entlastungsschritt im Rahmen des Abweherschirms!

Über die Maßnahmen des Abweherschirms hinaus bleiben die Entlastungspakete I, II und III bestehen. Auch wird weiterhin intensiv am massiven Ausbau erneuerbarer Energien gearbeitet, um die Abhängigkeit von Gas und auch anderen fossilen Energieträgern langfristig zu reduzieren. Zudem ist es weiterhin

zwingend notwendig, Verbräuche zu senken, sowohl aufgrund der angespannten Versorgungslage als auch zum Schutze des Klimas.

Neben dem Abweherschirm möchte ich zwei weitere, wichtige Erfolge der Ampelkoalition und insbesondere unserer SPD-Fraktion noch hervorheben: Den Start des neuen Mindestlohns von 12 Euro pro Stunde, der seit dem 1. Oktober gilt, und die Einführung des Bürgergelds, welches zum 1. Januar 2023 an den Start gehen wird. Exemplarisch zeigt die Umsetzung dieser zwei großen Vorhaben, dass sich unsere politische Arbeit lohnt, dass wir als SPD-Fraktion unseren Kompass auch in unruhigen Zeiten nicht verlieren und für soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Leider konnte ich in den letzten Wochen aufgrund des vollen Sitzungskalenders nur vergleichsweise wenig Zeit im Wahlkreis verbringen, dies wird sich leider auch für den Rest des Jahres so fortsetzen. Umso mehr freue ich mich, dass in jeder Sitzungswoche verschiedene Besucher:innen-Gruppen aus Lübeck, Berkenthin und Sandesneben ihren Weg in den Bundestag finden. Zusätzlich bekomme ich täglich Nachrichten von Bürger:innen und Institutionen aus dem Wahlkreis, sodass auch in den „Berlin-Wochen“ ein enger Kontakt besteht, nicht zuletzt natürlich auch mit meinem großartigen Wahlkreisteam.

Wie immer gilt also: #timistdeinabgeordneter und ich freue mich jederzeit über Eure und Ihre Kontaktaufnahme.

### Aus dem Landtag: Kita & Kliniken

*Sophia Schiebe, Landtagsabgeordnete*

Auch in diesem Monat boten die Plenarsitzungen erneut den Raum für eine Debatte über gebührenfreie KiTas. Die Vorschläge der Schwarz-Grünen Regierung bleiben hierbei weiterhin mehr als dürftig. Das grün-geführte Sozialministerium schlägt vor, ab Januar nächsten Jahres mithilfe von 20 Millionen Euro für kurzfristige Entlastung von Eltern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu sorgen, begrenzt ist dieses Vorhaben zunächst auf sechs Monate. Das reicht uns nicht! Das Problem an diesem Vorschlag ist nicht nur die kurze Wirkungszeit, sondern auch wodurch die genannten 15 Millionen Euro zustande kommen. Die dafür vorgesehene Summe soll aus dem Härtefallfonds entnommen werden. Dies ist weder besonders nachhaltig noch ausreichend.

Zum Thema Geburtshilfe, ein Thema, das in der letzten Landtagswoche vor allem meine Fraktion beschäftigte, sind die Regierungsantworten ebenfalls kein bisschen konstruktiver. In Ihrer Rede machte meine Kollegin Birte Pauls auf die, seit Langem vorherrschende, prekäre Situation in Sachen Geburtshilfe in Schleswig-Holstein aufmerksam. Viele Familien suchen viel zu lange nach einer Hebamme, die sie vor und nach der Geburt betreut – die angestrebte 1:1 Betreuung liegt hierbei in weiter Ferne. Auch vor Ort in den Kliniken sieht die Situation ähnlich schlecht aus. Viele Geburtszentren wurden in den letzten Jahren geschlossen, die vorhandenen sind dadurch nicht selten überlastet, hinzukommt der kontinuierliche Anstieg der Geburten in Schleswig-Holstein. Im Jahre 2021 wurden in



unserem Land 21.428 Kinder geboren, dass sind immerhin 580 mehr als im Jahr davor, nicht zuletzt deswegen ist es die Pflicht der Regierung jetzt so schnell wie möglich für eine Entlastung der Situation zu sorgen. Statt mit breiten Lösungsstrategien aufzuwarten, zeigt Schwarz-Grün jedoch wie so oft nur nach Berlin. Dabei sind hier bereits alle nötigen Vorkehrungen getroffen und Beschlüsse verabschiedet worden, der Weg zu konkreten Maßnahmen liegt nun in der Hand der Landesregierung. Hier hoffen wir in Zukunft auf präzise Vorschläge und schnelles Handeln, um vor allem junge Familien in unserem Land entlasten zu können. Natürlich war ich auch diesen Monat wieder im Wahlkreis unterwegs. Einen Vormittag lang durfte ich mir mit meinen Lübecker Kolleg\*innen der anderen Fraktionen die Abläufe des Lübecker Hafens aus der Nähe anschauen. Als einer der bedeutendsten Umschlagpunkte der Ost-

seeschifffahrt stellt dieser nicht nur für den Großraum Lübeck, sondern ebenfalls für Schleswig-Holstein einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Auch hier blickt man angespannt auf die Lage in der Ukraine, neben der Energiekrise stellen russische Logistikunternehmen auch einen wichtigen Handelspartner des Hafens dar. Hier sind weitere Entwicklungen abzuwarten. Gemeinsam mit meinen Kolleg\*innen Birte Pauls und Sandra Odendahl habe ich zudem noch einen spannenden Einblick in die Zukunftspläne des Sana-Klinikums bekommen. Besonders beschäftigt hat mich die, immer noch angespannte, Situation in der Notaufnahme. Um hier langfristig eine sorgfältige und würdevolle Betreuung der Patient\*innen gewährleisten zu können, bedarf es mehr Förderung von Investitionskosten seitens des Landes.

## SPD: Masterplan Klimaschutz schneller umsetzen – 2035 mögliches Ziel

*Peter Petereit, Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaftsfraktion*

Waldbrände, Dürreperioden, Hochwasser, Wirbelstürme, Hitzewellen – all das haben wir im Jahr 2022 in Deutschland erlebt. Die klimatischen Veränderungen sind spürbar. „Wir können nicht so tun, als gehen uns diese Veränderungen nichts an. Wir müssen unser Leben ändern, sonst wird sich unser Leben durch den Klimawandel dramatisch verändern.“ so SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Petereit.

Mit der Beauftragung des Masterplan Klimaschutz und der Vorgabe, dass Lübeck bis 2040 klimaneutral sein soll, haben wir den Startschuss für eine gezielte Maßnahmenplanung gegeben. Vor dem Hintergrund der klimatischen Veränderungen und zum Teil langer Umsetzungsplannungen müssen wir uns fragen: Reicht das aus? Oder was kann noch beschleunigt werden, um schneller Maßnahmen zur Klimaneutralität umzusetzen?

„Umweltsenator Ludger Hinsen muss nun endlich liefern und er muss aufzeigen, was schnell, mittelfristig und langfristig lokal in Lübeck umgesetzt werden kann.“ so Peter Petereit weiter. „Wir wollen wissen, ob auch vor 2040 eine Klimaneutralität möglich ist und fordern deshalb den Senator auf, den Masterplan Klimaschutz auch mit der Zielerreichung bis

2035 der Bürgerschaft vorzulegen und aufzuzeigen, was dafür nötig ist. Einen entsprechenden Antrag bringen wir zur nächsten Bürgerschaftssitzung ein.“

Lübeck hat in den letzten Jahren viele gute und zielführende Vorhaben umgesetzt. Mit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung wurden Maßstäbe, weit über Lübeck hinaus, gesetzt. Die nachhaltig zertifizierte Musik- und Kongresshalle, die klimapositiven Entsorgungsbetriebe, Millioneninvestitionen in energetische Sanierungen, großflächige Photovoltaikanlagen der Stadtwerke Lübeck zur klimafreundlichen Energieerzeugung, der Masterplan Geh- und Radwege und die Umstellung der Busflotte des Stadtverkehrs auf Elektroantrieb sind nur einige wichtige Beispiele.

„Wir dürfen aber nicht nachlassen und müssen mutig weiter vorangehen. Wir wollen nicht passiv abwarten, wir wollen selbst die Energiewende aktiv in der Kommune gestalten. Lokal erzeugte Energie ist nicht nur klimafreundlich, sondern hilft auch sich vom aktuell spekulativen Energiemarkt unabhängiger zu machen.“ so Marek Lengen (Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion) abschließend.

### **Sauberes Lübeck, steigende Kosten – SPD-Fraktion fordert Aktualisierung der vorhandenen Konzepte**

*Peter Petereit, Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaftsfraktion*

In Lübeck sind die EBL, Stadtgrün, Stadtverkehr, der Kurbetrieb Travemünde sowie mögliche weitere Akteure damit beauftragt ein sauberes Erscheinungsbild unserer Stadt und einen effektiven Winterdienst zu gewährleisten. Der eine Fachbereich reinigt die Straße, ein Anderer das „Grün“ im Verlauf der Straße und ggf. der Stadtverkehr die Bushaltestellen. Dieses stellt nur ein Beispiel für mögliche, verbesserungswürdige Koordinierungsmaßnahmen dar. Zudem stellen wir fest, dass im Stadtgebiet Mülleimer vorhanden sind, die unterschiedlicher nicht sein könnten, so Frank Zahn Mitglied im Ausschuss der Entsorgungsbetriebe (EBL). Mal z.B. mit einer Mülltrennungsmöglichkeit, offen oder mit Deckel (um Vögel und andere Tiere abzuhalten) und zuweilen auch mit einem Aschenbecher. In der Septembersitzung soll die Bürgerschaft eine Gebührenerhebung absegnen, um z.B. die Entgelte für ein erhöhtes Reinigungsaufkommen und die Kostensteigerungen durch die Inflation

aufzufangen. Dieses ist unumgänglich, wird aber auch in Teilbereichen zu Diskussionen führen.

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dr. Marek Lengen ergänzt: „Die Hansestadt Lübeck wird gebeten, das vorhandene, historisch gewachsene Reinigungskonzept für die HL auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zu evaluieren. Dabei mögen insbesondere die vorhandenen Strukturen kritisch betrachtet werden um eine bessere Stadtreinigung und einen effektiveren Winterdienst zu etablieren um auch so die „Kostensteigerungsspirale“ abzufedern. Alle mit Müllentsorgung, Reinigung, Winterdienst u.ä. in der Stadt beteiligten Fachbereiche sind bei dieser Aktualisierung mit einzubeziehen.

Als SPD-Fraktion werden wir diese Evaluation konstruktiv begleiten.

## 12 Euro Mindestlohn: Gehaltserhöhung für 20 000 Lübeckerinnen und Lübecker

*Kristin Blankenburg und Lennart Diener, Kreisvorstand*

Zum 1. Oktober steigt der Mindestlohn auf 12 Euro. Damit setzt die SPD ein zentrales Wahlversprechen durch. Deutschlandweit profitieren rund 6,6 Millionen Frauen und Männer. Auch für rund 20 000 Menschen in Lübeck bedeutet dieser Schritt nach aktuellen Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung eine kräftige Gehaltserhöhung.

„Für uns Sozialdemokraten war die Erhöhung des Mindestlohns das zentrale Versprechen und eine große Motivation im Wahlkampf. Jetzt können wir das Versprechen schon ein Jahr nach der Wahl einlösen. Allein in Lübeck profitieren von der Erhöhung gut 18 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade in Zeiten steigender Preise ist das ein wichtiger Schritt, um unser Land in der Krise

zusammenzuhalten,“ so Lennart Diener, Beisitzer im Kreisvorstand der SPD Lübeck.

„Schon die Einführung des Mindestlohns in Deutschland 2015 war ein wichtiger und richtiger Schritt. Allen Unkenrufen zum Trotz kam es schon damals nicht zu Arbeitsplatzverlusten oder einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Umso mehr erstaunte uns die Kritik der Arbeitgebervertreter und CDU/CSU, die letztlich der Erhöhung im Bundestag auch nicht zustimmten.“

Von der Erhöhung des Mindestlohns profitieren auch in Lübeck insbesondere Beschäftigte im Bereich Körperpflege, Floristik, Land-/Tierwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel. Friseure und Floristinnen, Kellner und Köchinnen,



Verkäuferinnen und Reinigungskräfte. Kurzum: Die Leute, die unser Zusammenleben am Laufen halten, aber deren Arbeitgeber auch auf Grund geringer Tarifbindung wenig bezahlen. Vom Mindestlohn profitieren überdurchschnittlich Frauen und Beschäftigte in strukturschwachen Regionen.

„Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist für uns als SPD eine Frage des Respekts. Denn wer hart arbeitet, soll auch davon leben können. Klar ist: Der

Mindestlohn ist eine untere Haltelinie – darunter darf es nicht gehen. Gute Löhne gibt es vor allem dann, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände miteinander Tarifverträge abschließen. Deshalb wollen wir in Lübeck zum Beispiel bei öffentlichen Vergaben die Tariftreue stärken“, fügt Kristin Blankenburg, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) der SPD Lübeck und Mitglied der Bürgerschaft, hinzu.

## Termine

Für Anmeldung und weitere Informationen: 0451 – 7027220, [kv-luebeck@spd.de](mailto:kv-luebeck@spd.de)

Alle weiteren Termine finden sich auch auf unserer Homepage: <https://www.spd-luebeck.de/termine/>

Hinweis zu allen Terminen: Alle Terminen finden unter den Bedingungen der geltenden Corona-Verordnung statt.

29.10.2022: **Willy-Brandt-Forum**

30.10.2022: 10-17 Uhr, Sporthalle am Krümmling, **Schlutuper Herbstmarkt**

13.11.2022: 11 Uhr, Kranzniederlegung auf dem Vorwerker Friedhof am Mahnmal der Opfer der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

26.11.2022: **Kreisparteitag und Kreiswahlkonferenz**

Redaktionsschluss der kommenden Ausgaben:

Ausgabe November: 3.11.2022

Ausgabe Dezember: 1.12.2022

Beiträge aus Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften sind herzlich willkommen! ->

[newsletter@spdluebeck.de](mailto:newsletter@spdluebeck.de)

V. i. S. d. P. Sophia Schiebe und Jörn Puhle  
c/o Große Burgstraße 51, 23562 Lübeck  
Deutschland